

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 RM, monatlich 2,50 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 31. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Mörder von Jaurès freigesprochen.

Paris, 29. März. (Reuter.) Villain, der Mörder von Jaurès, wurde freigesprochen.

Der Mord an Jean Jaurès, dem großen Friedensfreund, dem geistigen Haupt der Internationale seit Bebel's Tod, bleibt also ungeklärt!

Der Freispruch bedeutet eine Provokation des Menschheitsgewissens, gleichzeitig aber auch einen Schlag ins Gesicht unserer französischen Parteigenossen.

Was wissen wir von Ungarn?

Wir wissen, daß Ungarn aus Verzweiflung über den Druck, den die Entente und die ihr verbündeten Nachbarnstaaten auf Ungarn ausgeübt hat, sich die Diktatur der Räte eingerichtet hat.

Was in Ungarn zurzeit wirklich vorgeht, ist für das Ausland noch völlig dunkel. Der gesamte Nachrichtendienst ist in den Händen der Räte und wird von ihm kontrolliert und zensuriert.

Aus dem bisher Bekannten ist die Luft zu einer engen Verbindung mit der Sowjetregierung Russlands und zur Kopie vieler russischer Einrichtungen zu konstatieren.

Der ungarische Bolschewismus ist seinen eigentlichen Ursachen nach nicht in erster Linie eine kommunistische, sondern vielmehr eine nationalsozialistische Bewegung.

Ein weiterer Unterschied besteht in der Zusammensetzung der ausübenden Gewalt in beiden Ländern. In Rußland sind die Hochherren ausschließlich die Partei-Bolschewiki.

Er ist im Grunde genommen eine Entente-Gründung. Er ist die Antwort eines Volkes in höchster nationaler Not gegen die brutalen Vergewaltigungsabsichten eines Siegers.

Ob die Entente aus diesem Resultat ihrer verächtlichen Politik etwas gelernt hat? Wir werden es bei den nun bald beginnenden Friedensverhandlungen sehen!

Die immanenten Kräfte der Weltgeschichte lassen sich nicht vom Konferenztische aus kommandieren.

Budapest, 29. März. „Kölcsey Ujság“ meldet über die vorläufige Verfassung: Die Angelegenheiten des Landvolkes werden Vorstände, diejenigen der Städte städtische Räte erledigen.

Amsterdam, 30. März. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß die obersten Militärschellen Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens den Rat der Vier davon in Kenntnis gesetzt haben.

Ein ungarisches Bündnisangebot an Deutschland?

Wien, 30. März. (WTA.) Die „Volkszeitung“ meldet: Nach zuverlässigen Budapest Nachrichten hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Ententemächte angeboten.

Anmerkung des WTA.: An dieser zufälliger Stelle ist von einem solchen Angebot nichts bekannt.

Nervosität in Polen.

Posen, 30. März. (Wg. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach der polnischen Presse schreibt die Militarisation Polens rasch fort. Die Nationalversammlung hat von der Regierung den beschleunigten Abschluß eines Militärabkommens mit der Entente gefordert.

Für das Aufstandsgebiet in Posen ist die Zwangsrekrutierung von drei weiteren Jahrgängen angeordnet worden.

Vorfriedenskonferenz nach Ostern.

Die Vorbereitungen in Versailles.

Paris, 29. März. Diplomatischer Situationsbericht. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dufaure, ist Sonnabend nachmittag in Versailles angekommen.

Lloyd George soll nach der „Westminster Gazette“ sehr für Mäßigung der Friedensbedingungen für Deutschland sein.

Ostpreussische Demonstrationen gegen die Bedrohung Westpreußens.

Wie der V. P. A. gemeldet wird, fanden am Sonntag in Königsberg große Demonstrationen gegen die Danzig und Westpreußen bedrohende Gefahr statt.

Die Landwirtschaft im neuen Deutschland.

Dr. W. Duffelberg, Berlin-Steglitz.

Durch den Sieg der angelsächsischen Rasse sind nicht allein Deutschlands Industrie- und Wehrmacht vom Wettbewerb ausgeschlossen, auf Jahrzehnte ist auch der „Feind“ Englands, Rußland unschädlich gemacht.

Ein Teil der Auswanderer wird Arbeit und Siedlungsland in den noch wenig aufgeschlossenen Kolonialländern (Südamerika, Mexiko, Rußland) suchen.

Viele werden hinausgehen, weil ihnen das ihnen bevorstehende Schicksal unbekannt ist, und weil sie nicht wissen, daß auch die Heimaterde sie alle ernähren kann.

Das ist durchaus möglich. Allein durch die Verallgemeinerung der von der Wissenschaft und von bahnbrechenden Landwirten erprobten Arbeitsmethoden wird es möglich sein, den Einflüssen der Höhe von etwa 30 Proz. unserer früheren Friedensbedarfe schon in wenigen Jahren selbst zu decken.

Durch Begünstigung des Nachfruchtbaues gegenüber dem Getreide- und Hülsenfruchtbaue können die Nährwertbeiträge (in Kalorien ausgedrückt) der Flächeneinheit verdoppelt werden.

Schon auf dem bisher bebauten Acker können wir unter Volk ernähren aber wir können den Acker noch ausbauen.

viel Gaiße, d. i. etwa 9 Proz. der gesamten Kulturfläche Deutschlands sind noch unbebaut. Die mehr als eine Million Hektar Niedermoor sind der gegebene Boden für Weize und Weide, und auch für den Anbau von Getreide, besonders von Gemüse geeignet. In besonderer Höhe ist auch der Anbau einer glänzenden Niedermoorpflanze und für die Fruchtfolge auf dem unfruchtbarsten Niedermoor fast unentbehrlich, weil der wichtige haltende Saft das Unkraut nicht aufkommen läßt. Etwa 5-600 000 Hektar Niedermoor würden genügen, um uns von der Einfuhr der Getreide, des Hanfes und auch der Baumwolle unabhängig zu machen, unter der Voraussetzung allerdings, daß noch weitere 200 000 Hektar Weizen (als Vorfrucht zu Weizen) angebaut würden, der aber nicht auf Moor, sondern nur auf besserem und feuchtem Sandboden in Frage kommt. Wir leben eine Fülle von Aufgaben, die sich auf der vorhandenen wissenschaftlichen und praktisch erprobten Basis bieten. Schon leistet der deutsche Landwirt unter ungünstigeren klimatischen und Bodenverhältnissen auf der Flächeneinheit doppelt soviel wie der Franzose. Im vergangenen Jahrhundert wurden die landwirtschaftlichen Erträge Deutschlands vervierfacht. Aber immer neue fortschrittliche Methoden werden Jahr aus, Jahr ein entdeckt und in die Praxis umgesetzt.

Die bisher noch unentschiedene Frage, ob der kleine Besitz oder der Großbetrieb mehr oder weniger an Ertragsleistungen von der Flächeneinheit holen kann, ist zwar wichtig für die Ernährung, aber belanglos gegenüber dem vorhandenen Zwange, Menschen unterbringen zu müssen. Die innere Kolonisation ist das Gebot der Stunde und die Voraussetzung für eine gesunde Bevölkerungspolitik der Zukunft. Wir müssen in einer starken landwirtschaftlichen Bevölkerung die Kraftreserve für unsere Städte und für einen zukünftigen und politisch industriellen Aufstieg schaffen. Dieser ohne diese physische Kraftreserve sind immer noch dem Untergang geweiht gewesen. Gründe genug, um mit aller Kraft eine Verpflanzung der Menschen auf das Land zu betreiben.

Als organisatorische Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft kommen in Betracht: die zentrale Zusammenfassung Reichsstaatssekretariat für Landwirtschaft) und eine starke Dezentralisation des Behördenapparates. Die Landkreise und ihnen angeschlossenen die Genossenschaften werden die Träger der zukünftigen Neuordnung sein müssen. Ohne Zwang muß man auskommen finden. Dagegen kann man durch Prämien, Ausstellungenwesen, genossenschaftliche Arbeit, besonders auch durch die Beteiligung sämtlicher Arbeiter am Rohhertrage und zwar progressiv wachsend mit der Ertragssteigerung, beteiligen.

Eine planmäßige Wirtschaftsberatung muß für das Sammeln, die Prüfung und die Verallgemeinerung gewonnenen Erfahrungen wirken. Davon ist eine außerordentliche Entwicklung zu erwarten, besonders wenn sie sich auf den Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens stützt.

Einen besonders starken Antriebs zur Förderung unserer Landwirtschaft erwartet ich von der Initiative von Technik und Industrie. Dazu ist aber nötig, daß der Studierende auf den landwirtschaftlichen Hoch- und Fachschulen, wie in der Praxis, die Bedürfnisse der Landwirtschaft kennen lernt, damit nicht wie bisher das Ausdrängen unbrauchbarer Geräte seitens der Industrie den Landwirt mißtrauisch macht. Der Zusammenschluß der Landwirte und Gärtner in Kreiswirtschaftsverbänden, von denen schon in den letzten Wochen mehrere gegründet worden sind, ist besonders freudig zu begrüßen. Deren Aufgaben sind: Die Landarbeiterfrage zu lösen, ihre Mitglieder in finanzwirtschaftlicher Hinsicht zu beraten, das Genossenschaftswesen, die Produktion und den Anbau zu fördern, aufklären und belehren zu wirken. Die Verbände wollen sich keineswegs als neue Stellen neben die „zuständigen“ Behörden stellen, sondern wollen vielmehr diese zur Erreichung ihrer Ziele nutzbar machen, was bisher nicht in genügendem Maße geschehen ist.

Die Aera Hülsen.

Der Ruf nach der Konterrevolution in der Kunst. Der „Volks-Anzeiger“, ehemals das servile Organ des Generalintendanten der vormals Kgl. Oper, nimmt eine räuberische Platte an, daß kein Bühnen am 1. April „dem Vernehmen nach“ in den Ruhestand tritt. Na, ja, die Tage sind vorbei, da Holzschindeln über die Trümmer Hülsen der Kunststümpfe stürzen. Und selbst die (bedeutungslos) Pöbel der mittelständischen Stadttrasse zum 1. Präsidenten des Bühnenvereins ist nur ein mauerer Trost. Unerblich ist diese Kraft, jammert das Kunst. Und fährt dann fort: „Diese Erkenntnis hat sich leider bei den augenblicklich maharischen Regierungen der Staatstheater bedauerlicherweise noch nicht durchgesetzt. Nun, aufzuheben ist nicht auszuheben, und es ist die Möglichkeit nicht abzuschließen, daß man den Grafen Hülsen eines Tages wieder auf, voranzuführen, daß er dann auch wiederkommen will.“

Das ist das offene Bekenntnis zur Konterrevolution in der Kunst! Die Konterrevolution mag davon entnehmen, wie ihre Durchführung in Boden Hülsen in keinen reaktionären Kreisen geachtet wird, die nichts verachten und nichts ausgrenzen haben. Man hat den verhassten Regisseur des kaiserlichen Kaiserlichen Kunsttheaters nach der Revolution auf das schändlichste behandelt. Man hat ihn nicht persönlich enteignet lassen, was er als treuer Diener seines Herrn die Jahre hindurch gegen die Kunst und die Organisation der Bühnenämter unter dem Verfall einer korrupten Presse verstanden hat. Und nun werden diese Verhältnisse des verfallenen Kunstimperiums in provokatorischer Form diesen abgetanen Mann auf den Schild zu heben und ihn der „augenblicklich“ maharischen Regierung oder ihrer erlöchten Nachfolger zu präsentieren.

Wir hatten nicht die Absicht, uns hier mit dem Thema des Herrn von Hülsen zu beschäftigen. Er mag persönlich mehr Glück und Zeit gehabt haben als sein oberer Amtsherr. Den größten Dienst hätte ihm keine Presse getan, wenn sie von ihm getrieben hätte. Aber da die Trabanten des abgewirtschafteten Kunstherkes der verdienten Abrechnung durch laute Auslassungen die den kaiserlichen Kunstbesitzer zu entsetzen suchen, muß ihnen und ihrem gefreuten Gönner des Spiegel ihrer Kunststücken vorbehalten werden.

Die ehemals kgl. preussischen Theater haben die größten Mittel und Möglichkeiten von allen deutschen Bühnen zur Verfügung gehabt. Souverän herrschte über ihnen ein Wille, keinerlei Hemmung materieller oder anderer Art. Und was haben sie unter Wilhelm und Hülsen geleistet? Sie haben die großen Mittel schamlos verpraselt. Sie leben nicht in der deutschen Kunstgeschichte als Gesamtkunstwerke. Sie sind vielmehr während und während gewesen. Es hat nicht an hervorragenden Künstlern und nicht an der höchsten Arbeit des Kunstherkes gefehlt — aber an der künstlerischen Haltung. Das Königliche Schauspiel hatte in Berlin überhaupt keine Bedeutung mehr,

Däumig verhaftet.

Das unabhängige Volksgesundheitsmitglied Däumig ist am gestrigen Sonntag morgen um 7 1/2 Uhr in seiner Wohnung in Moabit verhaftet und nach dem Zellengefängnis in Moabit übergeführt worden. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, da Däumig in dem Verdacht steht, zusammen mit Erbebour an den Unruhen im Januar als Führer beteiligt gewesen zu sein. Däumig war vor einigen Tagen als Delegierter der Berliner Arbeiterräte zum Reichstages gewählt worden.

Gegen reaktionären Unfug in der Schule. Ein Erlaß des Kultusministers.

Minister Haenisch hat an die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien folgenden Erlaß gerichtet:

1. Wir sind in letzter Zeit wiederholt Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß durch Kreisinspektoren oder andere Aufsichtsinstanzen auf die Lehrer dahin eingewirkt worden ist, Kaiserbilder oder Bilder des früheren Kronprinzen, die nach der Novemberrevolution aus den Schulräumen entfernt worden waren, dort wieder anzubringen. Ein solches Vorgehen ist durchaus unzulässig. So wenig die neue Regierung daran denkt, Bilderstürmerei auf irgendeinem Gebiet zu treiben, so streng muß sie andererseits darauf halten, daß die Schulen weder direkt noch indirekt zu Rundgebungen mißbraucht werden, die sich gegen die neue Staatsordnung richten. Eine solche Rundgebung ist aber in der Wiederherstellung einmal entfernt oder in der Anbringung neuer Bildnisse oder Büsten Wilhelms II. und seines ältesten Sohnes zu erblicken. Maßnahmen solcher Art haben deshalb unbedingt zu unterbleiben.

2. Die neue Regierung hat es von Anfang an weit von sich gewiesen, Beamte oder Lehrer ihrer politischen Gesinnung wegen zu verfolgen. Um so beständlicher wirken die neuerdings in der Presse sich häufenden Mitteilungen darüber, daß reichlich oder sozialistisch gesinnte Lehrer von ihren unmittelbaren Vorgesetzten ihrer Gesinnung wegen brangeführt werden. Ich werde in jedem derartigen Fall, der zu meiner amtlichen Kenntnis kommt, unmissverständlich gegen die schuldigen Vorgesetzten einschreiten.

Die Lehrer sind berechtigt, in solchen Fällen ohne Innehaltung des Dienstweges, oder unter gleichzeitiger Vorlage einer Abschrift der Eingabe auf dem vorgeschriebenen Dienstwege, sich beschwerdeführend direkt an mich zu wenden.

Diese Verfügung ist auf schnellstem Wege den Lehrern und Lehrerinnen aller preussischen Schulen amtlich zur Kenntnis zu bringen.

Die zahlreichen Uebergriffe reaktionärer Schulräte und Schulinspektoren, die wir im „Vorwärts“ mitteilen, zeigen, wie notwendig werden, daß sämtliche Hohenzollernbilder und ähnliche moralisch-moralische Embleme aus den Schulräumen entfernt zu werden sind, zum mindesten, soweit der Entfernung keine besonderen technischen Schwierigkeiten entgegenstehen. Sehr zu begrüßen ist, daß den Lehrern gegen reaktionäre Uebergriffe das Recht direkter Beschwerde beim Kultusminister gegeben wird. Zahlreiche Lehrer werden aufatmen, wenn der Erlaß so durchgeführt wird, wie er angefündigt ist.

Kampflustiges Bürgertum.

Der Reichsbürgerrat droht mit Generalstreik! Der im Januar gegründete Reichsbürgerrat hielt gestern in Berlin eine Tagung ab. Ein einleitender Bericht seines Präsidenten Walter Wessel beleuchtete die außen- und innenpolitische Lage. Als eine der Aufgaben der Bürgerräte bezeichnete er die Abwehr jeder Klassenherrschaft. Aber nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern Schüler an Schülern mit ihr wolle das Bürgertum für die Gleichberechtigung aller kämpfen. Von der Sozialisierung fürchtete er, wenn auch z. B. das Verkehrs- und die Energieerzeugung zeit für sie seien, einen allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. Die Entfremdung der Arbeiterräte sei eine allerschmerzliche Bedrohung des gesamten Staatslebens, gegen die das Bürgertum sich durch die Forderung gleicher Rechte wehren müsse. Der Bürgerrat Groß-Berlin habe in einer Eingabe an den Reichspräsidenten verlangt, vor Einbringung solcher Beschlüsse den Reichsbürgerrat zu hören. Das Bürgertum sei entschlossen,

seine Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen, nötigenfalls sogar mit einem Bürgerkrieg.

Ueber die Bedrängung der deutschen Grenzmarken in Ost und West berichtete Telegraphie aus Tanga, Bromberg, Culmbach, Elberfeld, Remscheid, Cypeln, Kriebel, Culmbach erklärte: Land in Westpreußen die Entente, dann gibt es blutigen Bürgerkrieg. (Züricher, langanhaltender Beifall im Saal und auf den Tribünen.)

An der Verichterstattung über den Entwurf einer Verfassung des Reichsbürgerrats befaßte sich Reichs-Krankfurt a. M., daß der „Vorwärts“ den Bürgerräten vorgeworfen habe, eine Organisation der Reaktion zu sein. Die Verfassung wurde angenommen.

Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Erörterung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Bürgerräte. In einem Referat über ihre politischen Aufgaben kam der Münchener Dr. Meyer-Abberger zu einer Erklärung des Rätebundes. Den Arbeiterräten will er ein Gegengewicht geben durch eine gleiche Organisation des Bürgertums. Dementsprechend forderte, daß die Arbeiterräte sich nur mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen. Zu den wirtschaftlichen Aufgaben des Bürgertums zählt er den Bürgerkrieg, der aber gegenüber wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter nicht abgewendet werden dürfe.

An die Referate schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion. Die Forderung gleichen Rechtes für das Bürgertum wurde von allen Rednern betont. Dr. Gronau-Treben führte aus: Die Stimmung des Bürgertums ist schon erschlossen. Die Verbesserungen nach links und die Verführungen, nicht reaktionär zu sein, bringen uns nicht weiter. Kernfrage ist, wie sich der Reichsbürgerrat zu den sozialistischen Ideen stellt. Wir müssen die individualistischen Grundzüge des Bürgertums in scharfen Gegensatz zu der sozialistischen Weltanschauung stellen, sonst hat die Bürgerbewegung keinen Zweck. Auch von einem Zusammengehen mit den Sozialisten wollen wir nichts. Deren Ziele sind dieselben wie die der Unabhängigen und der Kommunisten. Sie geben es uns nur nach und nach. Das Bürgertum muß in schärfster Opposition stehen, sonst können wir uns mit allem, was wir tun, begnügen lassen. (Lauter Beifall.) Reichs-Krankfurt a. M. führte gegen Dr. Gronau aus: Die Revolution hat uns wichtigsten freie Gleichberechtigung gebracht. (Schwacher Beifall, aber nicht Widerstand.) Unter dem Vorgehen gegen den Sozialismus verbirgt sich doch

mehr oder weniger die Sorge um den Geldbeutel. (Lärmender Widerspruch, Schluß Schluß Maul! Endaunder Körn.) Präsident Wessel witterte gegen den „Vorwärts“, der den Bürgerräten seine Gleichberechtigung wolle. Bisher habe doch, rief er aus, das Bürgertum in Deutschland immer noch die Mehrheit.

Das Ergebnis der Diskussion, in der eine lange Reihe von Rednern zu Worte kam, war die einstimmige Annahme der folgenden, mit kläglichem Beifall begrühten Resolution: Es seien eine berufliche Vertretung, wie sie mit den Arbeiterräten für die Arbeiter allein erreicht wird, verfassungsmäßig eingerichtet werden sollte, fordert der am 30. März 1919 in Berlin versammelte Reichsbürgerrat von der Reichsregierung, der Nationalversammlung und den politischen Parteien mit aller Entschiedenheit, daß auch allen anderen erwerbsfähigen Bevölkerungsklassen einseitig die freien Berufe völlige Gleichberechtigung mit den Arbeitern auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet verfassungsmäßig gewährleistet wird. Sollte dieses berechtigete Verlangen des Bürgertums nicht auf dem Verhandlungsweg erreicht werden, so wird der Reichsbürgerrat beschließen und ermächtigt, die Gleichberechtigung des Bürgertums mit allen zulässigen Mitteln, auch durch bürgertümlichen Generalstreik, zu verfolgen und zu erlangen.

Unter Urteil über den Charakter des Bürgerrates als eine gegenrevolutionäre Organisation, daß die Herren so verdrossen hat, wird durch den Verlauf der Tagung voll bekräftigt. Einige Ausnahmen bestätigen die Regel: die Art, wie man fortwährend denkende Redner niederschrie, spritzt Bände.

Eine halbe Million geraubt.

Dortmund, 30. März. Im Stationsgebäude des Bahnhofes Dortmund-Elfeld erschienen heute früh zwei Leute, einer in Nationaluniform, der andere in Feldgrau. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die beiden anwesenden Vorarbeiter von den Eindringlingen in Schach gehalten und geknebelt. Darauf bedrängten sie sich des im Geldschrank befindlichen Geldes, etwa 500 000 Mark, das zur Bezahlung an die Beamtenbestimmungen war. Die Räuber sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

geben. Zur Weige (Karl Klingler), Bräule (Richard Hebe) und Knigsche (Max Waldner) spielte sich also das Klavier: ein prachtvoller Steinweg-Rügel, mit Dora Köhler, einer Pianistin von bemerkenswerter Begabung, der man in der Volksbühne zum ersten, hoffentlich nicht einzigen Male begegnete.

Weniger durch Inhalt behält das Klavierquartett G-Woll zum mal im Andante und Rondo durch den Adel seiner Sprache, die, wie immer bei Mozart, Wachs Architektur mit Gläserer Dramatik und südländischer Sinnlichkeit vereinigt.

Dennoch, als Brahms A-Dur-Quartett op. 26 erklang, wem schlug diese Tonsprache nicht gaudischer ins Gemüt? Es wich einander zumut: als wandle man durch niederdeutsche Marschen, Wälder, Dörfer und Städte; so anheimelnd klingt darin ein Raunen, schwebendes Singen von deutscher Heimat und Heimat. Man fühlt: hier schafft ein Künstler ein Werk, der auch zugleich ein Erklärer und Kämpfer ist. Und doch kein Klavierquartett oder Kapellmeister; denn ihm ward es — im Scherzando-poco-Allegro-Satz wird es offenbar — gegeben, auch den Hörern beider Hoffnungen Spenden zu bringen und gar im Finale sich überfällig zu zeigen. Der gedankenschöne Adagio aber hatte es schon den Hörern angetan. Seitdem wollte der Beifall nicht mehr schweigen. Er goll den Mann Mozart-Brahms und dem Klavier-Quartett, das mit einer an Klarheit grenzenden Schönheit des Zusammenspiels zum Orgeln redete, in gleicher Weise.

Notizen.

- Theater. Im Friedrich-Wilhelmshofischen Theater findet die Aufführung von „Das Dorf ohne Glocke“ erst am 6. April statt.
- Kunst. Im Kunsthaus Döbberm. Goldammer Str. 118b, wird am Dienstag eine Gedächtnisausstellung des Malers Thomas Herz aus Hamburg eröffnet.
- Das demokratisierte Theater. In der neu gegründeten Leipziger Volksbühne soll ein neues System der Theaterstellung erprobt werden. Die Mitgliedschaft wird in 29 Serien eingeteilt. Dadurch wird erreicht, daß jedes Mitglied auch einige Male an den bevorzugten Theaterabenden, wie Sonn- und Feiertagen ins Theater kommt. Die vorhandenen Sitzplätze werden in sechs Gruppen eingeteilt. Jede Tagesserie erhält innerhalb sechs Monate je einen dieser wechselnden Gruppenplätze. Dadurch bekommt jedes Mitglied im Laufe eines Theaterjahres in jeder Gruppe zweimal einen Platz.
- Kirche und Sozialdemokratie. Die bekannte Schrift von Karl Kautsky: „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche“ ist soeben vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts in gutem Neudruck herausgebracht worden. Es kommt zu dem Ergebnis, daß sowohl vom Standpunkt der Propaganda, wie von dem der Grundzüge der Kirchenpolitik der Sozialdemokratie eine ganz andere sein muß, als die des Liberalismus, der im wichtigsten, was die Arbeiterklasse auf diesem Gebiet fordern muß, versagt hat.

Kammermusik in der Volksbühne.

In letzter Stunde war infolge Erkrankung eines Mitgliedes des Klingler-Quartetts eine Programmänderung notwendig geworden, und so wurden an Stelle Mozart-Beethovenischer Streichquintette zwei Klavier-Quartette von Mozart-Brahms ge-

Kreisgeneralversammlung für Teltow-Beeskow.

Am gestrigen Sonntag hielt der Sozialdemokratische Verein für den Kreis Teltow-Beeskow eine Generalversammlung ab. Genosse Vagala erstattete den Geschäftsbericht für das erste Halbjahr. Er schilderte die Schwierigkeiten, die unter den heutigen Verhältnissen der Parteitätigkeit entgegenstehen. Aber trotzdem sei die Organisation den an sie gestellten Anforderungen gerecht geworden. Während der Wahlbewegungen sei die Zahl der örtlichen Organisationen im Kreis von 41 auf 91 gestiegen und das Kreisbüro habe mehr als 400 Referenzen vermittelt.

Nach dem Bericht der Kandidatprüfungscommission ist die Generalversammlung von 145 Teilnehmern aus 77 Orten besucht.

Über die nächsten Aufgaben unserer Organisation referierte Genosse Krüger-Cöpenick. Die Organisation müsse den neuen Verhältnissen angepasst und so ausgebaut werden, daß sie allen an sie heranrückenden Anforderungen gerecht werden kann. Man müsse auch die neuen Parteimitglieder zu den Parteiarbeiten heranziehen. Viele von ihnen seien schon längst Sozialdemokraten gewesen, sie hätten aber aus persönlichen Gründen der Organisation nicht beitreten können. Nach dem vorliegenden Organisationsplan für Groß-Berlin solle die Selbstständigkeit der drei Kreise: Berlin, Niederbarnim und Teltow-Beeskow bestehen bleiben, aber ein enger Zusammenarbeiten in allen allgemeinen Angelegenheiten herbeigeführt werden durch Zusammenlegung der jetzt in Berlin bestehenden Parteisekretariate. Für die einzelnen Aufgaben der Organisation seien Abteilungen bei dem neuen Groß-Berliner Sekretariat einzurichten. Die Kassengeschäfte für jeden Kreis getrennt, von einer gemeinsamen Verwaltung geführt werden. Eine Erhöhung der Beiträge sei notwendig, nicht nur wegen der Neuorganisation, sondern sie hätte so wie so kommen müssen. Ein neues Organ solle geschaffen werden: die Agitationskonferenz. An ihr sollen außer den Parteikonferenzen auch die Betriebsvereinsleute und Arbeiterräte unserer Partei teilnehmen. — Der Redner verwies darauf, daß unsere Partei jetzt eine schwierige Stellung im politischen Leben habe, weil sie an einer Koalitionsregierung beteiligt sei, was leider nicht habe umgangen werden können, weil durch das Verhalten der Unabhängigen eine sozialdemokratische Mehrheit verhindert worden sei. Erst wenn und die Arbeiterkraft die Möglichkeit gebe, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, könnten wir auf die Koalition verzichten.

Die Diskussion drehte sich fast ausschließlich um die vom Referenten ausführlich behandelten politischen Fragen. Die meisten Redner übten scharfe Kritik an der Politik der Regierung. In der Frage der Sozialisierung und in der Anerkennung des Räte Systems sei die Regierung erst dem Drängen der Massen gefolgt, obwohl sie selbst die Initiativen zu ergreifen und sich dadurch eine Macht in der Arbeiterklasse zu sichern. Mit dem alten Beamtenapparat, der namentlich in den Verbänden gegen und arbeitet, werde nicht aufgeräumt. Zahlreiche Einzelheiten wurden zur Begründung der Kritik angeführt.

Scholz-Kreuzer betonte, unsere Partei müsse der Regierung gegenüber eine selbständige Politik betreiben und diese in ihrer Presse und in den Parlamenten vertreten. Dadurch werde die Stellung unserer Parteigenossen in der Regierung gestärkt. Der politischen Demokratisierung müsse die Demokratisierung der Verwaltung folgen. Bei der Kritik der Regierungsmassnahmen dürften wir allerdings nicht in den Fehler verfallen, unsere Genossen in der Regierung am schärfsten herunterzuziehen. In der kurzen Zeit, wo unsere Partei an der Regierung sei, konnte natürlich noch nicht alles geleistet werden, was wir verlangen.

Meier sagte, der „Vorwärts“ sei leider mehr Regierungs- als Parteiorgan. Er habe entweder nicht den Mut oder nicht die Fähigkeit, die Massen zu führen. Weder in der inneren und noch weniger in der äußeren Politik verleihe der „Vorwärts“ eine selbständige Meinung. Ein Parteitag müsse möglichst bald einberufen werden.

Nachdem noch mehrere Redner ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse Ausdruck gegeben hatten, erklärte Eduard Bernstein das Wort. Er führte die Unzufriedenheit der Arbeiter zum Teil darauf zurück, daß die Umwälzung größere Erwartungen geknüpft worden seien, als erfüllt werden konnten. Aber auch die Regierung habe einen großen Teil der Schuld. In ihren Erlässen, Verfügungen und der Art des Verkehrs treffe sie nicht den Ton, der zum Herzen der Arbeiter spricht. Der alte Beamtenapparat würde sich jagen, wenn von oben energisch gehandelt werde. Was unsere Parteigenossen in der Regierung schwächt, das sei die Parteipolitik, die unsere Genossen immer mehr abhängig mache von den Bürokraten. Ein auswärtiger Finanzmann habe gesagt, die einzige Rettung Deutschlands sei die Einigung der Sozialdemokratie.

Nachdem die Debatte einschließlich der Schlussworte der beiden Referenten vier Stunden gewährt hatte, wurde über die dem Bezirksrat vorzulegenden Anträge zur Organisationsfrage abgestimmt und beschlossen, daß die bestehenden Bureau der Kreise zusammengelegt und eine Beitragserhöhung in der Form erfolgen soll, daß ein Wochenbeitrag von 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder, sowie ein Eintrittsgeld von 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhoben wird.

Angel Resolutions wurden angenommen, welche fordern, daß die höheren Verwaltungsstellen möglichst bald durch Sozialdemokraten besetzt, daß die Einheitschule schleunigst eingeführt und die geistliche Schulaufsicht beseitigt werde. Besonders soll in Groß-Berlin mit dem Abbau der Volksschulen und dem Aufbau der Einheitschule begonnen werden.

Dem Parteivorstand wurden zwei Anträge überwiesen. Sie fordern, daß der Parteitag früher als am 10. Juni einberufen wird und daß die Namen der sozialdemokratischen Nationalparlamentarier, die bei der Wahl über die Einheitschule im Sozialgesetzgebungsgesetz gewählt haben, bekanntgegeben werden.

Weiter wurde beschlossen, daß der „Vorwärts“ Werbeinserate für Freiwilligenkorps nicht mehr aufnehmen soll.

Sitzung des Vorstandes und Kreisbüros heute, 6 Uhr, Kreisbüro.

Gewerkschaftsbewegung

Aus den Kriegsgesellschaften.

Eine Aktion gegen die freien Gewerkschaften.

Die eingewurzelte Abneigung der Arbeiter gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten hat auch durch die Novemberereignisse an ihrer Stärke nichts eingebüßt. Die Angestellten der Kriegsgesellschaften hatten schon wiederholt Gelegenheit, die selbständigen Anstalten der Leiter der Kriegsgesellschaften kennen zu lernen. Neuerdings treten letztere mit Vorträgen gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften auf. In der Reichstagsuntermittelschule wurden mehrere freigewerkschaftlich organisierte Anstalts- und zumeist Mitglieder des Angestellten-Kaufmannsverbandes, die besonderen Anteil an der organisatorischen Zusammenfassung ihrer Verursachenden hatten. Diese Propaganda der Reichstagsuntermittelschule richtete sich aber nicht nur gegen die freien Gewerkschaften und gegen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Angestellten, sondern auch gegen die Mitwirkung der Angestellten-Ausschüsse. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Bureauangestellten werden in einer am Montag, den 31. März um 6 Uhr im großen Saal stattfindenden gemeinsamen Mitgliederversammlung Stellung zu dem

probatorischen Vorgehen der Reichstagsuntermittelschule nehmen. Raufen ist daher notwendig. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedschürze.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Section der Angestellten der Kriegsgesellschaften, J. A.: Wendland.
Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, J. A.: Kamprecht.

Deutscher Metallarbeiterverband (Ostverein Berlin).

Neue Bezirksversammlungen in nachstehenden Lokalen:
Nord: Tharandstraße, Mühlstr. 142, 6 Uhr.
Süd: Wilmersdorfer Straße, Schwedler Str. 23, 7 Uhr.
West: Wilmersdorfer Straße (Friedrich), Badstr. 12, 7 Uhr.
Nord: Kula der Kaiser-Opernschule, Zwingerstr. 2, 7 Uhr.
Süd: Wilmersdorfer Straße, Mühlstr. 142, 6 Uhr.
West: Schöneberg, Stiglitz; Kaiser-Wilhelm-Garten, Friesenau, Wehrstr. 65, 6 Uhr.
Ost: Ostendstraße; Wilmersdorf, Commensalstraße, Wilmersdorfer Str. 67, 6 Uhr, Krawall der Bezirksleitung.
Friedrichsberg: Krawall, Mühlstr. 74, 7 Uhr.
Erdmannsdorf: Wilmersdorf, Mühlstr. 56, 7 Uhr.
Weißensee: Zum Postamt, Berliner Allee, Ecke Ledeburstraße, 7 Uhr.
Südwest: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Coal 4), 7 1/2 Uhr.
West: Kula der Kaiser-Opernschule, Zwingerstr. 2, 7 Uhr.
Zweig-Verbandsstellen: Wilmersdorf, Reinholdstr. 25, Schillingstraße 34, 4 Uhr.
Ost: Ostendstraße, Wilmersdorf, Johannstraße und Ungerstr.; Kula der Reichstagsuntermittelschule (Dindenburgstraße), 7 Uhr, Krawall der Bezirksleitung.
Südwest: Wilmersdorfer Straße, Strelowplatz 18, 4 1/2 Uhr.
Südwest-Bezirksstellen: Conradts Nachf., Friedrichsberg, Friedrichstraße 137, 7 Uhr.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung von der außerordentlichen Generalversammlung.
2. Stellungnahme zu der am 6. April stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungskasse Berlin.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Rebellenklub laut Beschluß der Ostverwaltung sollen in den Bezirksversammlungen je 3 Vertrauensleute der Arbeitlosen als Vertreter zur Generalversammlung gewählt werden. Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen, dies zu beachten.
Erweiterung: Am Dienstag bleibt die Krankenkasse geschlossen. Wegen der Osterferien haben folgende Änderungen in der Ausgabe der Unterabteilung statt:
Die Kollegen, deren Zahlung auf den 18. April 1919, erhalten am 17. deren Zahlung auf den 21. April 1919, erhalten am 19. ihre Unterabteilung. Die Mitgliedsbücher und Kontrollkarten müssen spätestens zwei Tage vor

In zwölfter Stunde! Am 1. April wird die Zeichnung auf die Berliner Stadtanleihe von 1919 geschlossen. + Willst Du warten, bis es zu spät ist!

dem Zahltag abgegeben werden. Die Auszahlung erfolgt vormittags von 9-12 Uhr.
Freitag, den 18. und Montag, den 21. April, bleibt das Bureau geschlossen, Sonnabend, den 19. und Dienstag, den 22. April, von 9-12 Uhr geöffnet.

Alte- und Neue: Versammlung der kaufmännischen Angestellten Dienstag, 6 Uhr, im Lindenhof, Lindenstr. 13. Tagesordnung: Der Zentralrat.

Verrechnungsbüro: Heute 7 Uhr öffentliche Versammlung: Kula Vaugenvermittlung, Berlin, Aufseherstr. 141.

Groß-Berlin

Der Wohnungsverband Groß-Berlin

Am Sonnabend in einer im Rathaus abgehaltenen Vollversammlung dem Beschluß der eingeleiteten gemeinschaftlichen Kommission über die Vergabe des künftigen Mietungsstandes beigegeben. Sofern auch die am heutigen Montag zusammengetretene Verbandversammlung des Verbandes Groß-Berlin ihre Zustimmung zu dem Abkommen mit dem Rückzug gibt, werden nach dem Verteilung 120 Tausend sozialer Wohnstätten durch den Wohnungsverband angekauft und tritt ferner der Wohnungsverband mit einem Anteil von 8 1/2 Millionen Mark als Gesellschafter der vergrößerten Märkischen Heimstätte G. m. b. H. bei, die künftig den Untertitel „Siedlungsamt für Groß-Berlin und Ständeburg“ führen wird.

Dem Wohnungsverband gehen täglich Hunderte von Anfragen nach Siedlungsamt mit Fragebogen ein; sie beweisen, wie außerordentlich harter Drogen nach dem Eisen mit Gartenland die Groß-Berliner Bevölkerung erlitten hat. Derartige Anfragen Siedlungsamt sind aber nicht an den Wohnungsverband, der sich lediglich mit der Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen beschäftigt, zu richten, sondern an die Gemeindeführer, in deren Bezirk die Wandereien liegen, ferner an die Märkische Heimstätte G. m. b. H., Berlin W. 15, Nordmineralstr. 10, und an den Geschäftsführenden Ausschuss für Arbeiterwohnstättenangelegenheiten in Berlin W. 10, Friedrich-Wilhelm-Str. 12.

Gehaltsregulierung der Angestellten in Seereisbetrieben.

Am 1. April wird entschieden:
Im Bericht des Arbeiterrats vom 28. d. M. im Abendblatt ist ein großer Irrtum enthalten und zwar betrifft dieses die Gehaltsregelung der Angestellten in Seereisbetrieben.
Zur Steuer der Wahrheit dient folgendes: Die Gehaltsregelung ist zur Zeit der Arbeit der Vertreter der in Frage kommenden Organisationen erlitten worden. Auch sind die geforderten Gehaltsätze bereits dem Reichsdonamt bewilligt worden. Aus die Behauptung, daß gebiets Untereoffiziere die Arbeit verrichten werden, ist unmaß.

Ein schwerer Raubüberfall, bei dem die Räuber für Opfer gefesselt ins Wasser warfen, hat sich am Nordufer abgespielt. Zu einem Kaufmann Hermann Wilde in der Danziger Straße kam vor einigen Tagen, als dieser kurz vorher aus dem Krankenhaus entlassen worden war, ein Mann, mit dem Wilde schon früher einmal in Geschäftsverbindung gestanden hatte. Dieser, ein Kutcher Schneider, erklärte Wilde, daß er Gelegenheit habe, ein Pferd billig zu kaufen und bewegte ihn, das Handelsgeschäft mit ihm zusammen zu machen, da er selbst nicht über genügend Geldmittel verfüge. Wilde war nicht abgeneigt, auf sein Anerbieten einzugehen, hatte 5000 M. in seine Brieftasche und begab sich auf Veranlassung Schneiders mit diesem nach der Seefraße, wo der Kutcher den Verkäufer des Pferdes treffen wollte. Beide zogen von Lokal zu Lokal, der angebliche Pferdeshändler war aber nirgends zu finden. Am Nordufer angelangt, gab er die Suche nach dem Pferdverkäufer auf und traten den Kanal entlang den Heimweg an. An einer dunklen Stelle kamen sie an zwei Männer vorbei, die Soldatenuniform trugen und auf dem Ufergitter saßen. Die beiden erhoben sich und sprachen den Kaufmann an. Sie verlangten von diesem Zigaretten, weil sie nichts zu rauchen hätten, und erbielten auch welche, um einem Streit aus dem Wege zu gehen. Das half ihm jedoch nichts. Wütend packten die Soldaten ihn an den Handgelenken und drehten ihm die Arme um, so daß er sich vor Schmerz hinwerfen mußte. Dann triete einer der Soldaten auf den am Boden Liegenden und hielt ihm die Keule zu, während der andere ihm einen Papierbeutel in den Mund steckte, um ihm am Schreien zu verhindern. Als sich der Ueberfallene zur Wehr setzte, erhielt er mit einem stumpfen Gegenstand einen solch wichtigen Schlag auf den Mund, daß er mehrere Zähne verlor. Schließ-

lich banden die Räuber ihrem Opfer noch die Hände zusammen, schleiften es dann über die Frauenbrücke und warfen es kurzgehand in den Kanal, nachdem sie ihm vorher noch die Brieftasche mit den 5000 M. geraubt hatten. Der Kutcher Schneider war ganz unbeteiligt geblieben und hatte sich aus dem Staube gemacht. Auch die beiden Räuber verschwanden jetzt. Zum Glück war der Kanal an der Stelle, an der der Kaufmann in das Wasser geworfen worden war, nicht tief. Er fand Boden, schleppte sich zur nächsten Treppe und brach hier zusammen. Ein Straßenpassant, der des Weges kam, fand ihn so und brachte ihn nach dem Wilmersdorfer Krankenhaus, wo er Aufnahme fand und jetzt wieder zur Entlassung gekommen ist. Nun erlitt er Anfälle bei der Reimobilisierung. Dieser gelang es gestern, Schneider festzunehmen. Von den beiden Räubern fehlt jedoch noch jede Spur. Zur Aufklärung dieses schmerzlichen Ueberfalls ist es von großer Wichtigkeit, wenn sich der Mann meldet, der den Verurteilten nach dem Wilmersdorfer Krankenhaus gebracht hat, da er vielleicht auch noch die Räuber gesehen hat. Er wird gebeten, sich im Zimmer 80 der Berliner Kriminalpolizei zu melden.

Rebellenklub der Kriegsorganisationen! Dienstag, vorm. 9 Uhr, im Herrenhaus, Coal 30, Sitzung. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Eine Schluß von Stadtverordnetenwahlen

Die Wilmersdorfer Stadtverordnetenwahlen haben für die nächste Sitzung nicht weniger als 20 Anträge und Anfragen gestellt. Darunter befinden sich mehrere Anträge von großer Bedeutung, wie über die Errichtung einer eigenen Volkshochschule, Gründung einer wissenschaftlichen Zentralbibliothek, Neuordnung Bau-Verkehr, Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, Aufhebung der Vorstudien und den erleichterten Übergang von der Volkshochschule auf die höheren Schulen; ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Errichtung eines „Hauses der Jugend“ mit Bibliothek, Vortragskabinen usw.

Aufklärung des Selbstmordes. Für 300 000 M. Selbe erbeuteten kürzlich Dedeneubacher in dem Geschäft von Velle in der Köpenicker Straße. Die Kriminalpolizei erkannte an der Ausführung die „Arbeit“ gewerkschaftlicher Waffenschmied. Ihr Verdacht richtete sich auf eine Waffenschmiede, zu der ein gewisser Kurt Binder gehörte. Dieser unterstellte einen sehr regen Verkehr mit einem bekannten Helfer Schütz am Wedding. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß bei Schütz am Tage nach dem Einbruch drei große Kisten angepackt und daß später drei große Kisten abgeholt worden waren. Die Kisten wurden dann auch von den Beamten eruiert. Sie enthielten den größten Teil der gestohlenen Selbe, Binder, sein Spiegelglas, ein gewisser Schneider aus Charlottenburg, und der Helfer Schütz wurden festgenommen.

Die Verhaftung eines Erdtransportes, die seit vier Wochen die Kriminalpolizei beschäftigte, ist jetzt abgeschlossen worden. Auf dem Anhalter Güterbahnhof wurde Geld in Deuteln von der hiesigen Regierung für die französische Verloben. Der Wagen wurde mit Viehgepäck versehen und unter Bedeckung nach Moins geschickt. Als er dort ankam, erbeutete man, daß die Viehgepäck verliert und der Wagen geöffnet war. Es schloß ein Beutel mit 118 000 M. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der 47-jährige ein 21 Jahre alter Arbeiter Walter Müller war, der bei dem Verloren mit tätig gewesen war und zur Begleichmachung der Kisten beauftragt wurde, ohne daß jemand es merkte, einen Beutel auf die Seite. Nach der Rückkehr von Moins stellte Müller den Verloren. Er wurde verhaftet.

Zwölftägig verunglückt ist gleich beim Antritt seines Dienstes der 19 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Willi Bert aus der Bernauer Straße 58. Der junge Mann hatte zum ersten Male Stellung im Eisenbahnlokal angenommen. Als er gestern auf dem Reichsbahnhof der Nordbahn seine Arbeit angetreten hatte, verlor er auf eine fahrende Lokomotive zu springen, stürzte jedoch ab und fiel so unglücklich, daß er auf der Stelle verstarb.

Große Berliner Straßenbahn. Mit Rücksicht auf die steigenden Verkehrsverhältnisse werden im Interesse einer besseren Annehmlichkeit des Fahrplans vom 1. April ab die längeren Fahrzeiten, wie sie bis zum Ausbruch des Krieges bestanden haben, wieder eingeführt. Dies bedeutet eine geringfügige Verlängerung der Fahrzeiten von den Linienendpunkten. Die neuen Fahrpläne sind aus den roten Zeitblättern auf den Auswahlschienen ersichtlich. Die Einschränkungen im Straßenverkehr aus Anlaß der Kohlenknappheit bleiben jedoch bis auf weiteres noch bestehen.

Die Buchhandlung Vorwärts eröffnet am Dienstag ihren Laden im Hause Lindenstr. 2. Den all geäußerten Wünschen, die Buchhandlung, die früher mit der Expedition unserer Zeitung verbunden war, zu erneuern, ist damit entsprochen worden. Neben der gesamten Parteiliteratur ist dort eine reiche Auswahl aus allen anderen Gebieten zu finden. Wir empfehlen unseren Lesern, ihren Bedarf an Büchern und Zeitschriften in dem modern ausgestatteten Laden zu decken.

Landesbankentwurf! Große öffentliche Versammlung, veranstaltet vom Verband der Parteigenossen Berlin und Umgebung, heute in den Räumlichkeiten, Teltowstr. 1/3, Tagesordnung: Was fordern wir Landesbankentwurf vom heutigen Staat und Kommunen. Referent: Parteisekretär Kester, Verbandsvorsitzender Steinweg und Redakteur Albracht.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Neuheiten. Suppen (101, 102) täglich (102). Für Derringe, kleine Hühner, Hühnerbraten, Kartoffeln vom 1.-15. April Neuheiten aus. Für je 2 Personen im Haushalt 1 (1), für einzelne Personen ebenfalls. Preisliste lokalität abzuwehren.

Wurst, 100 Gramm Teltow (106). 200 Gramm Rindfleisch (106). 50 Gramm werden nachgekauft, jedoch neue Sendung eingetroffen. Berliner Lebensmittelgeschäft, Sonderausstellung: 1/2 Pfund beza. 1/2 Pfund beza. (7), 2 Beza. Keks (19 und 20 Pfund).
Wurstwaren. Bis 5. April werden in den bekannten Verkaufsstellen an die dort eingetragenen Kunden an Nr. 111 der alten und Nr. 1 der neuen Lebensmittel zusammen 200 Gramm Rindfleisch (3 Pf.) abgegeben. Der Verkauf von Wurstwaren auf die in der Woche vom 17. bis 23. d. M. nicht mit Fleisch befestigten Fleischwaren erfolgt durch die Kaufleute an die bei ihnen eingetragenen Kunden bis Mittwoch, den 2. April. Auf jeden Teilabschnitt 12 der Fleischwaren werden 30 Gramm Teltow oder Berlin vom Preis von 6 Pf. verabfolgt. 200 Gramm Rindfleisch (111, 1), 1 Pfund Rindfleisch (106) und 1 Pfund Rindfleisch (106) für Kinder bis zu 2 Jahren. 5 Beza. Zwiebel (19) für 70 jährige.

Weißensee. Aus der Gemeindevertretung. Die unbesetzten Stellen haben ihre Nummer niedergelegt, bezüglich der besetzten Stellen haben die Neuwahlen sollen in übernächster Zeit stattfinden. Vom 1. April ab vollständige Sonntagsschließung in den Laden. Der Parteitag der Parteigenossen wurde von 4 auf 5 Uhr, des Parteitag der Parteigenossen. Der Groß-Berliner Parteitag der Parteigenossen tritt rückwirkend mit dem 1. Januar in Kraft. Für die Parteigenossenstände der neuorganisierten Parteigenossen haben diese 170 M. zu zahlen, während den Rest die Gemeindeführer übernimmt. Zur Eingeweihtenfrage wird eine Vertikation an die verurteilte Landesbankentwurf beschlossen. Wegen die rigorose Einziehung der Banknoten wurde proklamiert. Die Kommissionen wurden nach dem Einkommenverhältnis der Fraktionen neu besetzt.

Kohndorf. Wegen Entlassung von Regierungssoldaten wurden die hiesigen Unabhängigen Dab, Duder und Wilder, drei zu je 1 Jahr, Richter und Wulke zu je 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt.

Baronschloßliches Wetter bis Dienstagmittag: Zehnweise heiter, aber nach sehr kühl und veränderlich, mit hier wiederholten Regenfällen und möglichen heftigen Winden.

Verantwortlich für Politik: Fritz Adler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Landes: Alfred Schick, Neudamm, für den übrigen Teil des Landes: Ernst Thälmann, Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

